

Demokratie im Quartier

Autor(en): **Waldner, Liliane**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **60 (1981)**

Heft 2

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339687>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Demokratie im Quartier

Bei der Erarbeitung der Wahlplattform 1978 der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zürich stand in der Arbeitsgruppe «Stadtentwicklung» die Frage der Dezentralisierung und der demokratischen Selbstverwaltung der Quartiere zur Diskussion. Diese Gruppe beantragte für die Wahlplattform die «Dezentralisation in die Quartiere und Schaffung von Quartierräten mit Entscheidungskompetenzen». Die zuständigen Gremien der Stadtpartei stellten diesen Punkt für die Wahlplattform vorerst zurück und beauftragten die Arbeitsgruppe mit der Ausarbeitung eines Modells, das in diesem Artikel dargestellt wird.

In der Stadt Zürich besteht seit vielen Jahren ein Konflikt zwischen dem Bedürfnis nach einer bewohnbaren Stadt – oft mit dem Schlagwort «Wohnlichkeit» umschrieben – und den immer tiefer in die Wohngebiete eindringenden Betrieben des tertiären Sektors mit dem dazugehörigen Strassenverkehr. Der Konflikt wurde zuungunsten des Wohnens entschieden. Immer mehr Menschen verliessen die Stadt. Auf der einen Seite enthielten sich immer mehr Bürger ihrer Stimme. Auf der anderen Seite formierten sich die von neuen Strassenprojekten und Grossüberbauungen direkt Betroffenen zum Widerstand. Bürgerinitiativen belebten die politische Szenerie. Diese Umstände veranlassten mich zur Arbeit in der Arbeitsgruppe «Stadtentwicklung». Meine anfänglichen Vorbehalte gegenüber der Quartierdemokratie wandelten sich allmählich in uneingeschränkte Zustimmung. Es bestand Ende der siebziger Jahre eine Reihe ausländischer Beispiele. Formen der

Quartierdemokratie konnten anhand von Modellen in Bologna, Modena und Wiesbaden studiert werden. Mit Genossen der SP Basel-Stadt, die sich gleichzeitig mit der Frage der Selbstverwaltung der Quartiere auseinandersetzten, wurde ein Gedankenaustausch gepflegt. So konnten verschiedene Anregungen und Erfahrungen in das Zürcher Modell einfliessen.

Ein historischer Vorläufer

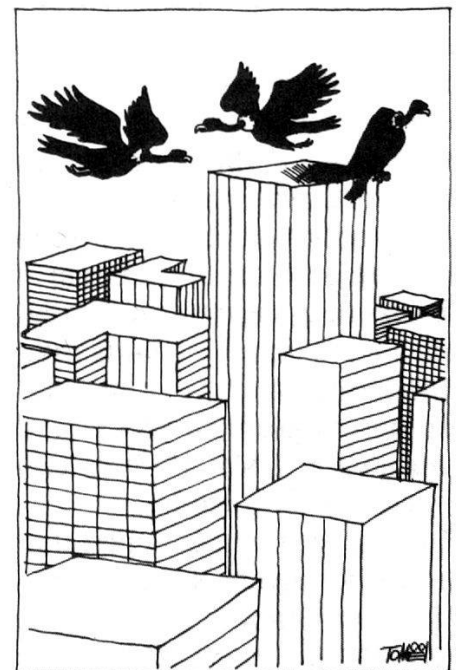
Neue politische Ideen entwickelten sich erfahrungsgemäss im Laufe von Jahrzehnten. Anfang der vierziger Jahre hatte sich eine Arbeitsgruppe der FdP-Kreispartei 7 dem Problem der zunehmenden Anonymität in der Stadt Zürich angenommen. Am 7. März 1945 hatte sodann ein Vertreter der FdP 7, Dr. John Brunner, im Gemeinderat eine Anregung eingereicht. Brunner und seine Mitunterzeichner forderten darin die Schaffung von ca. 30 Quartiergemeinden, um das Interesse der Bürger an den Aufgaben der

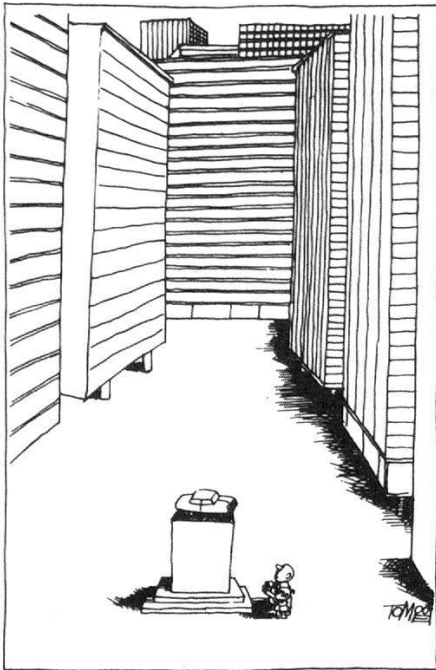
Gemeinde zu wecken bzw. zu fördern. Die Quartiere sollten ein vermehrtes Mitspracherecht und auf gewissen Gebieten eigene Kompetenzen erhalten. Die Verwaltung wäre zu dezentralisieren. Es ging der FdP jedoch weniger um eine Verwesentlichung der Demokratie innerhalb der Gemeinde, sondern darum, den Einfluss der Linken in der städtischen Politik abzubauen. Auf Antrag von Stadtrat und Kommission wurde die Anregung in der Gemeinderatssitzung vom 30. November 1949 gegen die Stimmen von FdP und LdU abgeschlossen.

Ausgetauschte Rollen

Heute würde sich der Freisinn nicht mehr mit solchen Ideen befassen. Die Kommission des Gemeinderates zum «Entwicklungsprogramm der Stadt Zürich bis 1985» beschloss: «Von den politischen Parteien beschickte Quartier-

Sogenannte Finanzrealität der heutigen Städte





**Sogenannte wohnliche Stadt
von heute mit Real-Denkmalerschutz**

gremien als Gesprächspartner der Verwaltung, längerfristig zu versehen mit quartierbezogenen Entscheidungskompetenzen». Auf Antrag des freisinnigen Gemeinderates Behrens lehnte der Gemeinderat diesen Vorschlag am 17. März 1976 jedoch ab.

Dies bedeutet aber nicht, dass sich bürgerliche Kräfte nicht mit dieser grundsätzlichen Problematik auseinandersetzen. So reichten SVP-Gemeinderäte am 8. November 1978 eine Motion ein, die «über Geschäfte, welche für eine bestimmte Gruppe von Stimmbürgern oder für einzelne Stadtkreise oder für Teile derselben von besonderer Bedeutung sind, Konsultativ-Abstimmungen» verlangte. Die Motion zielte an der politischen Wirklichkeit vorbei und wurde am 9. Mai 1979 im Gemeinderat abgelehnt.

Die Frage der politischen und administrativen Neuorganisation der Stadt Zürich ist gegenwärtig hauptsächlich ein

Anliegen der Sozialdemokraten. Der sozialdemokratische Gemeinderat und Stadtmann Heiri Gross führte in der Quartierzeitung Wiediker Post aus: «Es gibt wohl kaum ein Gemeinwesen in der Schweiz oder im Ausland, das eine derartige Vielzahl von sich gegenseitig überschneidenden Aufteilungen des Gemeindegebietes kennt wie die Stadt Zürich... Die Schule, die Kirche, die Post, die Friedensrichter, die Stadtmannämter, die Einwohnerkontrolle, die Notariate, die Polizei, das Fürsorgeamt usw., sie alle und viele andere schufen sich eigene, in den seltensten Fällen korrespondierende Aufteilungen des Stadtgebietes.» Wenn laut Gross selbst die in der Verwaltung tätigen Funktionäre es schwer haben, sich zurechtzufinden, wie schwierig ist es dann für den Bürger? Vielleicht liegt hier ein Teil des politischen Malaises.

Die Ziele der Quartierdemokratie

Mit der Quartierdemokratie wird nach Bund, Kanton und Gemeinde im Quartier nicht einfach eine vierte Ebene zur Institutionalisierung eines weiteren Parlamentes geschaffen, sondern ein Beitrag zu Überwindung der herkömmlichen Stellvertreter-Politik geleistet. Bei der besseren Überschaubarkeit des Quartiers liegt eine gewisse Chance, dass sich wieder mehr Glieder des Gemeinwesens an den politischen Entscheidungen beteiligen. Überdies können die im Quartier aufgeworfenen politischen Fragen den Einzelnen,

der in seinem Lebensbereich davon berührt ist, eher für einen politischen Einsatz bewegen. Eine entscheidende Stärkung der sozialdemokratischen Politik scheint nur möglich, wenn es gelingt, jene Arbeiter und Angestellten wieder an die Urnen zu bringen, die – aus welchen Gründen auch immer – resigniert haben und Stimmapstinenten geworden sind.

Demokratische Selbstverwaltung auf Quartierebene bedeutet, dass die konkret im Quartier auftretenden Probleme nach Möglichkeit durch die betroffene Bevölkerung zu lösen sind. Mit der Delegation von Entscheidungskompetenzen von der kommunalen Ebene auf die Quartierstufe ist eine Dezentralisation der entsprechenden Verwaltungsbereiche verbunden. Im Vordergrund stehen:

- Sozial- und Gesundheitspolitik
- Kultur- und Bildungspolitik
- Bau- und Planungspolitik.

**Sogenannte Fussgängerzone
in einer wohnlichen Stadt**



Die Frage einer Anpassung der Schulkreise an die Stadtkreise wurde ebenfalls diskutiert. Eine neue Regelung wurde erst für eine spätere Phase erwogen. Vielleicht löst die Motion von Heiri Gross, der für den zerstückelten Kreis 3 einen eigenen Schulkreis fordert, bereits in den nächsten Jahren eine Bewegung aus.

Rechtlich kann die Quartierdemokratie nur über eine Änderung des kantonalen Rechtes erreicht werden. Regierungsrat Dr. Bachmann schrieb der Arbeitsgruppe: «Die Schaffung neuer, kleinerer Einheiten innerhalb der politischen Gemeinden setzt unseres Erachtens eine entsprechende Ermächtigung auf Verfassungsstufe (KV 47) voraus. Im übrigen müssen zahlreiche Bestimmungen von Gemeindegesetz und Wahlgesetz ergänzt oder angepasst werden.»

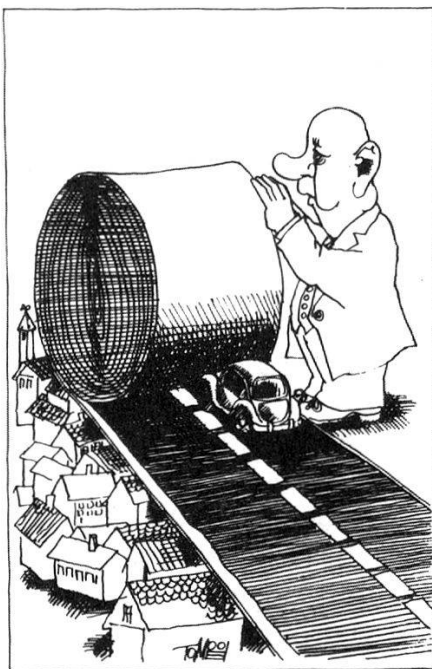
Das Modell

Die demokratische Selbstverwaltung der Quartiere wird auf der Ebene der 12 Stadtkreise eingeführt. Die Organe sind:

- Kreisbevölkerung
- Quartiersversammlung
- Quartierkommission
- Kreisrat (ca. 30 Mitglieder) und Kreisverwaltung.

Die Kreisbevölkerung besitzt das fakultative Referendum gegen Beschlüsse des Kreisrates.

Die Einberufung einer Quartiersversammlung kann von einem bestimmten Quorum der Einwohner oder durch fünf Kreisräte gefordert werden. Sie kann dem Kreisrat durch eine einfache Mehrheit



Sogenannte realistische Verkehrsplanung

Aufträge erteilen. Sie entsendet Vertreter in die Quartierkommission.

Die Quartierkommission wird von Anwohnern und Vertretern des Kreisrates gebildet. Sie arbeitet unter Mitwirkung der Kreis- und eventuell der Stadtverwaltung konkrete Lösungsvorschläge zu Handen der Quartiersversammlung respektive des Kreisrates aus. Die Vorschläge müssen zur Genehmigung der Quartiersversammlung vorgelegt werden. Erst dann gelangen sie an den Kreisrat. Alle Mitglieder der Quartierkommission haben während der Verhandlung ihres Geschäftes im Kreisrat ein Mitspracherecht. Der Kreisrat wird durch die Kreisbevölkerung gewählt. Seine Amtszeit dauert vier Jahre. Seine Mitglieder dürfen dem Gemeinderat nicht angehören. Die Sitzungen sind öffentlich. Jeder Kreisrat ist Mitglied eines ständigen Ausschusses. Es bestehen Ausschüsse für Bau und Planung,

Soziales und Gesundheit, Bildung und Kultur. Der Kreisrat wählt den Präsidenten und die Vorsitzenden der Ausschüsse auf ein Jahr. Dem Kreisrat ist ein Sekretariat angegliedert, das aus dem Kreisratspräsidenten, den Ausschussvorsitzenden und einem vollamtlichen, vom Kreisrat gewählten Sekretär besteht.

Die Kreisverwaltung ist analog den ständigen Ausschüssen in Abteilungen gegliedert. Sie ist gegenüber den Ausschüssen verantwortlich. Personalrechtlich ist sie der Zentralverwaltung unterstellt. Ausserdem gehört noch eine Informations- und Auskunftsstelle dazu.

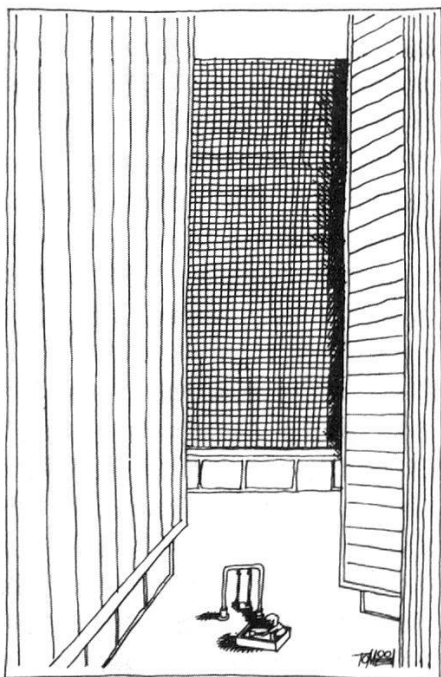
Demokratie bereichern

Wo die Kompetenzen der Kreisbevölkerung und deren Behörden aufhören und die Organe der Gemeinde zuständig sind, ist später zu bestimmen. Das grundsätzlich Neue an diesem Modell ist, dass sich die Bürger an der Quartiersversammlung zu politischen Sachfragen weit differenzierter als mit Ja oder Nein äussern können. Sie können an der Gestaltung ihrer Umgebung in der Quartierkommission mitarbeiten und ihre Meinung im Rahmen der Kommissionsarbeit vor dem Kreisrat vertreten. Die Demokratie erfährt eine Bereicherung.

Die Kreisverwaltung spielt sich nicht in einem sterilen Gebäude ab. In ihm befindet sich beispielsweise auch ein Kaffeehaus als Treffpunkt für jung und alt. Eine Bibliothek zieht die Leseratten des Quartiers an. Menschen gehen ein

und aus, die wegen eines persönlichen Problems Hilfe suchen oder die sich einer medizinischen Vorsorgeuntersuchung unterziehen wollen. Die Verwaltung ist auch kein zentralistisches Gebilde. Sie ist vielleicht auf mehrere, über das Kreisgebiet zerstreute Gebäude verteilt. Sie besteht nicht aus «anonymen Gesichtern». Ihre Beamten wohnen mehrheitlich im Quartier, in dem sie arbeiten. Sie kennen viele Quartierbewohner und wissen um deren Bedürfnisse und Wünsche. Es besteht kein Grund zur Furcht vor einer Verbürokratisierung. Mittels elektronischer Hilfsmittel können die Arbeitsabläufe vereinfacht und der Kontakt zur zentralen Stadtverwaltung sichergestellt werden. Ausserdem können dem Quartierbewohner sozusagen um die Hausecke eine Reihe neuer öffentlicher Dienstleistungen angeboten werden.

Sogenannte menschenfreundliche Stadtplanung



Auseinandersetzung mit der Realität

Wann die Quartierdemokratie verwirklicht wird, ist höchst ungewiss. Es bestehen auch innerhalb der Partei Widerstände. Es gibt einige Ansätze, der von einem Projekt betroffenen Bevölkerung ein wenig zur Mitsprache zu verhelfen. Die Verwaltung führte die Form der offenen Planung ein. Doch besteht auch die Gefahr, dass mit diesem an und für sich positiven Instrument die Betroffenen auf elegante Art und Weise zum Schlucken der bitteren Pille gebracht werden können. In manchen Quartieren planen Arbeitsgruppen zusammen mit der Stadtverwaltung die Gestaltung der Umgebung. Ich arbeite selbst in einer solchen Gruppe, der Quartierplanstudie Wiedikon. Manche Einwohner verbringen einen grossen Teil ihrer Freizeit mit Aufgaben für eine solche Gruppe, kennen sich bestens in der Materie aus; entschieden wird aber woanders und nicht im Quartier. Besonders ungerecht ist es, wenn ein Stadtkreis in einer Angelegenheit, die nur ihn betrifft, von den anderen Kreisen überstimmt wird. Die Bevölkerung eines Stadtkreises wie z.B. des Kreises 3 in Zürich hat in ihren eigenen Belangen weniger zu bestimmen als die Glarner Bevölkerung. Bringt die Quartierdemokratie wirklich die Mehrheit der Bewohner zur Mitarbeit in der Gemeinschaft? Oder sind nicht wieder dieselben Köpfe am Werk, die auch heute im Quartier mitmachen, während die anderen abseits stehen



Sogenannte soziale Alterspolitik

bleiben? Die Erfahrung der letzten Jahre zeigte genügend, dass nur eine kleine Zahl von Betroffenen Veranstaltungen besuchen. Unter den Besuchern lässt sich nicht einmal ein Zehntel oder Zwanzigstel zur Mitarbeit begeistern. Politische Veranstaltungen werden – wenn sie überhaupt besucht werden – konsumiert wie eine Fernsehshow. Man hat das Gefühl, die Menschen wollten einfach nur für sich leben, unter sich bleiben und fernsehen, gut essen, autofahren usw. Alles andere interessiert sie nicht. Sie haben aufgegeben. Sind sie einmal, z.B. durch den projektierten Bau einer Strasse vor ihrem Haus, direkt berührt, sind ihre Reaktionen mehrheitlich schwach und beschränken sich auf einige derbe Ausdrücke. Solange das so ist, ändert sich nichts. Wir Sozialdemokraten haben jedenfalls Grund genug, aus den ausgefahrenen Geleisen zu treten.

Zeichnungen: Jürgen v. Tomei